

Abgeordnetenhaus BERLIN

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Inhaltsprotokoll

Senioren debattieren im Parlament

18. Juni 2009

Beginn: 14.06 Uhr
Ende: 16.20 Uhr
Vorsitz: Präsident Walter Momper

Präsident Walter Momper begrüßt die anwesenden Seniorinnen und Senioren, Frau Fischer als Vorsitzende der Landessenorenvertretung und Inge Frohnert als Vorsitzende des Arbeitskreises Berliner Senioren sowie die Vertreterinnen und Vertreter des Senats und der Abgeordnetenhausfraktionen.

Die diesjährige Seniorenwoche stehe unter dem Motto „Jung und Alt gehören zusammen“. Der demografische Wandel habe nicht nur bei Älteren, sondern auch bei Jüngeren zu einem Umdenken geführt. Die Erkenntnis, dass ein gutes, rücksichts- und verantwortungsvolles Verhältnis zwischen den Generationen wichtig sei, sei gewachsen. Ein Zeichen dafür, dass die Seniorinnen und Senioren mehr gesellschaftliche und politische Teilhabe forderten, sei die zahlreiche Teilnahme an der heutigen Debatte.

Heidemarie Fischer (Vors. Landessenorenvertretung Berlin) bedankt sich für die Durchführung der heutigen Veranstaltung. Im Namen der Seniorenverbände bitte Sie um die Beantwortung folgender Frage:

Wie ernst nimmt der Berliner Senat das Berliner Landessenorenengesetz, und wie stellt er insbesondere sicher, dass sämtliche Senatsverwaltungen dem Landessenorenbeirat und der Landessenorenvertretung in wichtigen seniorenpolitischen Fragen die erforderlichen Informationen rechtzeitig – und zwar die schriftlichen Konzepte von Anfang an – zur Verfügung stellen?

Das Gesetz sehe eine Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren vor. Dazu sei es jedoch erforderlich, dass sie frühzeitig und umfassend über Vorhaben des Senats unterrichtet würden. Die Beteiligung Älterer an politischen Entscheidungen könne auch dazu beitragen, jüngeren Menschen die Angst vor einer älter werdenden Gesellschaft zu nehmen.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) weist darauf hin, dass die Berliner Seniorenpolitik von dem Grundsatz geprägt sei, ein Altern in Würde zu ermöglichen. Das schließe Selbständigkeit, Selbstbestimmung und die Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft ein. Der Senat setze sich für eine solidarische Gesellschaft über alle Generationen hinweg ein. Er habe in den „Leitlinien für die künftige Seniorenpolitik“ deutlich gemacht, dass er die ältere Generation in seine Entscheidungsprozesse einbeziehen wolle, und diesen Anspruch mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz umgesetzt. Das in der Bundesrepublik einmalige Gesetz sei eine Möglichkeit, um dem wachsenden Interesse an bürgerschaftlichem Engagement älterer Menschen gerecht zu werden. Es enthalte verbindliche Regelungen zur Absicherung der Mitwirkung der Interessenvertretungen der Seniorinnen und Senioren auf Landes- und Bezirksebene. Aktuell seien 560 000 Berlinerinnen und Berliner älter als 65 Jahre.

In den drei Jahren, in denen das Seniorenmitwirkungsgesetz existiere, habe es viele Diskussionen, Kritik und Verbesserungsvorschläge gegeben. Sie halte es deshalb für sinnvoll, noch in diesem Jahr eine Novellierung des Gesetzes in Angriff zu nehmen. Im November 2009 finde dazu eine Anhörung im Ausschuss für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales statt, in der die notwendigen rechtlichen Veränderungen erörtert würden.

Die Arbeit des Landessenorenbeirats werde durch die Bereitstellung von Räumen, Mobiliar und technische Hilfsmittel unterstützt. Die Mittel für die Arbeit der Landesgremien seien sichergestellt, wenn auch in bescheidenem Umfang. Sie hoffe, dass die Summe in den nächsten Haushaltsberatungen erhöht werde. Zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sei das Internetportal „landessenorenbeirat-berlin.de“ eingerichtet worden. Die Broschüre zum Seniorenmitwirkungsgesetz werde mit Hilfe des türkischen Konsuls demnächst auch ins Türkische übersetzt.

Sie teile die Ansicht von Frau Fischer, dass eine echte Mitwirkung Informationen über die politischen Vorhaben voraussetze. Sie werde ihre Senatskolleginnen und -kollegen bitten, diesem Informationsbedürfnis möglichst umfangreich – in den Grenzen, die das Informationsfreiheitsgesetz vorgebe – und frühzeitig nachzukommen.

VBB-Abo 65plus

Werner Kleist (AG 60 plus der SPD) begrüßt das seit April 2009 existierende VBB-Abo 65plus, zumal es nicht nur für Berlin, sondern auch für gesamt Brandenburg gelte. Für viele ältere Menschen sei es jedoch problematisch, dass es nur als Jahreskarte erhältlich sei; sie wünschten sich auch Monats- oder wenigstens Quartalskarten. Könne sich der Senat dafür einsetzen, dass diesem Wunsch entsprochen werde?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) erinnert daran, dass das „Seniorenticket“ ein Ergebnis der Seniorendebatte vor zwei Jahren sei. Seinerzeit sei so vehement ein verbilligtes Seniorenticket gefordert worden, dass sie sich im Nachgang bei den Verkehrsunternehmen dafür eingesetzt habe. Eine der Bedingungen, unter denen sich der VBB auf ein solches Angebot eingelassen habe, sei das Jahresabonnement gewesen. Nach einer Probezeit von zwei Jahren könnten die Konditionen neu verhandelt werden. Sie bitte die Seniorinnen und Senioren, diesen Zeitraum abzuwarten.

Christian Gaebler (SPD) hofft, dass die große Nachfrage nach dem „Seniorenticket“ die Verkehrsunternehmen dazu bewege, das Ticket auch für kürzere Zeiträume anzubieten.

Jasenka Villbrandt (Grüne) weist darauf hin, dass nicht nur Senioren Probleme hätten, das Geld für Monatskarten aufzubringen, sondern alle Personen, die über längere Zeit auf Grundsicherung angewiesen oder geringfügig beschäftigt seien. Auch für diesen Personenkreis müssten verbilligte Tarife angeboten werden.

Henriette Lyakhovitskaya (Seniorenvertretung Mitte) geht davon aus, dass die meisten Empfänger von Grundsicherung älter als 65 Jahre seien.

Fachärztemangel

Waltraud Jaeschke (Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg) konstatiert, dass in Neukölln bestimmte Fachärzte immer geringer vertreten seien. Seit Mitte 2003 bis Ende 2007 seien 88 Praxen geschlossen worden. Lediglich 35 seien in diesem Zeitraum neu eröffnet worden. Der Versorgungsgrad – Verhältnis von Fachärzten zu Einwohnern – liege bei Anästhesisten mittlerweile nur noch bei 25, bei Radiologen bei 50 und bei Hautärzten bei 54 Prozent. Auch Urologen, Gynäkologen und Augenärzte fehlten. Grund für diese Situation sei die vor fünf Jahren vom Berliner Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen getroffene Entscheidung, Zulassungen für Ärzte nicht mehr für einzelne Bezirke, sondern nur noch für das gesamte Stadtgebiet zu erteilen. Da sich die Ärzte lieber in gutbürgerlichen Bezirken niederließen, komme es zu einer Ungleichverteilung. Bestehe die Möglichkeit, die Zulassungen auf die sechs Versorgungsregionen zu beziehen, die im aktuellen Krankenhausplan enthalten seien?

Marta Ladwig (Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg) gibt zu bedenken, dass die Zusammenfassung von Berlin zu einer Planungsregion für mobilitätseingeschränkte Menschen besonders problematisch sei, da weite Wege zum Arzt für sie nur schwer oder gar nicht zu bewältigen seien. Wie könne diesen Personen geholfen werden?

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz) bestätigt die Feststellung, dass die Zusammenfassung von Berlin zu einer Planungsregion zu regionalen Verschiebungen bei der ärztlichen Versorgung geführt habe. Ein weiterer Grund für diese Entwicklung seien die verschiedenen Gesundheitsreformen, die den ökonomischen Druck auf die Ärzte erhöht hätten. Vor diesem Hintergrund gehe sie davon aus, dass auch eine Zurücknahme der Entscheidung für nur eine Berliner Planungsregion diese Wanderungsbewegung nicht aufhielte.

Die Entscheidung im 2003 sei aufgrund der Tatsache getroffen worden, dass es seinerzeit bezogen auf die Gesamtstadt eine Überversorgung in allen fach- und hausärztlichen Bereichen gegeben habe. Diese Situation bestehe nach wie vor. Der Versorgungsgrad bemesse sich jedoch an Vorgaben aus dem Jahr 1979 und entsprächen nicht mehr dem aktuellen Stand der medizinisch-versorgungswissenschaftlichen Forschung. Unterversorgungen würden zudem erst attestiert, wenn die hausärztliche Versorgung unter 75 Prozent liege und die fachärztliche unter 50 Prozent.

Da es sich hierbei um bundesrechtliche Regelungen handle, seien Änderungen auf Landesebene schwierig. Berlin habe sich mit anderen Bundesländern, die ähnliche Probleme hätten, dafür eingesetzt, die Grundlagen für die Bedarfsbestimmung auf Bundesebene zu verändern. Man strebe an, in einer Planungsregion unterversorgte Bereiche feststellen zu können. Da sich der Landesausschuss, der dies umsetzen müsse, aus den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung zusammensetze, komme dieser Prozess leider nur schleppend in Gang.

Gesund altern

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz) macht darauf aufmerksam, dass im diesjährigen Gesundheitsbericht ein Schwerpunkt auf das Thema „Gesund altern“ gelegt worden sei. Dabei seien – beginnend mit dem 50. Lebensjahr – bestimmte Probleme vertiefend analysiert worden. Auch die diesjährige Landesgesundheitskonferenz stehe unter dem Motto „Gesund altern“. Angesichts des demografischen Wandels sei es unabdingbar, sich intensiv mit diesbezüglichen Fragen zu beschäftigen.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Gaffar Saad (Sudanclub e. V.) fragt, wie der Senat dazu stehe, insbesondere für ältere Einbürgerungswillige eine doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) antwortet, dass der Berliner Senat daran interessiert sei, möglichst viele Migrantinnen und Migranten einzubürgern. Ihr sei bewusst, dass es insbesondere älteren Menschen schwer falle, dabei ihre alte Staatsbürgerschaft aufzugeben. Dies sei jedoch die Voraussetzung für eine Einbürgerung, sofern die Betroffenen nicht aus Staaten der Europäischen Union stammten. Der Senat setze sich für eine doppelte Staatsbürgerschaft unabhängig vom Herkunftsland ein und habe diverse dahingehende Initiativen gestartet. Eine solche Entscheidung müsse jedoch auf Bundesebene getroffen werden. Der Senat hoffe, dass künftig zumindest das kommunale Wahlrecht auch für Berlinerinnen und Berliner aus Nicht-EU-Ländern gelte.

Koordinierungsstellen rund ums Alter

Dieter Kämmerer (Landessenorenbeirat) möchte wissen, wie das Profil und Angebot der „Koordinierungsstellen rund ums Alter“ trotz der Implementierung der Pflegestützpunkte sichtbar erhalten bleibe.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) schickt vorweg, dass Sie die Einrichtung der Pflegestützpunkte begrüße. Bis zum Ende dieses Jahres seien es bereits 27, die gerecht über alle Bezirke verteilt seien. Im Jahr 2011 werde es dann alle 36 Pflegestützpunkte geben. Ihre Aufgabe sei es, die Bürgerinnen und Bürger zu beraten, zu informieren, ihnen Hilfeleistungen zu vermitteln und vieles mehr. Die bisherigen „Koordinierungsstellen rund ums Alter“ würden zu Pflegestützpunkten umgewandelt und das Angebot komplett übernommen. Sie halte es für selbstverständlich, dass auf der langjährigen Erfahrung der Koordinierungsstellen aufgebaut werde und es einen Wiedererkennungswert für alle Pflegestützpunkte geben müsse. Im Pflegestützpunktvertrag sei deshalb ein einheitliches Design und Logo vorgesehen.

Käte Tresenreuter (Sozialwerk Berlin e. V.) wendet ein, dass die Bezeichnung Pflegestützpunkte den falschen Anschein erwecke, dass dort Pflege stattfinde. Aus dem Namen der neuen Anlaufstellen müsse hervorgehen, dass es sich um ein Beratungsangebot handele. Warum behalte man die bewährte Bezeichnung Koordinierungsstellen nicht bei, eventuell mit dem Zusatz „für Pflege“?

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) hält es ebenfalls für erforderlich, dass die Aufgaben der Pflegestützpunkte deutlich erkennbar seien. Sie rege an, dass das Logo den Zusatz „informieren, beraten, unterstützen“ erhalte.

Drogenhandel

Altun Aktürk (Seniorenvertretung Neukölln) interessiert, was die Polizei gegen den Drogenhandel unternehme, der mittlerweile für jeden sichtbar in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf der Straße stattfindet.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) weist darauf hin, dass die Polizei den Drogenhandel nicht nur in Uniform, sondern auch verdeckt in Zivil bekämpfe. Die Arbeit der Polizei werde dadurch erschwert, dass der Handel mit Drogen weit verzweigt sei und die Dealer möglichst unauffällig agierten und extrem mobil seien. In Berlin existiere ein Konzept zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, das auch eine Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen beinhalte.

Personal auf den U- und S-Bahnhöfen

Käte Tresenreuter (Sozialwerk Berlin e. V.) hat festgestellt, dass die Unsicherheit der Fahrgäste auf den U- und S-Bahnsteigen durch den Wegfall des Abfertigungspersonals zugenommen habe. Sei geplant, wieder Sicherheitspersonal einzusetzen?

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) teilt mit, dass sie gemeinsam mit dem VBB ein Projekt zur Begleitung hilfsbedürftiger, älterer und behinderter Menschen im ÖPNV fördere. Durch die Präsenz solcher Begleitpersonen werde zumindest die subjektive Sicherheit der Fahrgäste erhöht.

Christian Gaebler (SPD) informiert, dass dem Parlament mittlerweile das Sicherheitskonzept der Verkehrsunternehmen vorliege. Er erwarte, dass sowohl auf den Bahnhöfen als auch in den Zügen Personal eingesetzt werde.

Benedikt Lux (Grüne) erinnert daran, dass das Personal auf den Bahnhöfen von einigen Jahren zugunsten eines Videoüberwachungssystems abgeschafft worden sei. Dies habe zwar zu einer besseren Täteridentifizierung beigetragen, aber das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste nicht erhöht. Er hoffe, dass die damalige Entscheidung überdacht und wieder Personal vor Ort eingesetzt werde. Zudem könnten sauberere Bahnhöfe und mehr Zivilcourage die Kriminalität auf den Bahnhöfen reduzieren.

Carola Bluhm (Linksfraktion) wendet ein, dass das Personal auf den Bahnhöfen nicht wegen der Videoüberwachung abgebaut worden sei, sondern weil es aufgrund einer technischen Neuerung nicht mehr zur Zugabfertigung benötigt werde.

Sie begrüße das von der Senatorin erwähnte Projekt, mit dem Arbeitslosen wieder eine berufliche Perspektive gegeben und den Fahrgästen mehr Sicherheit vermittelt werde.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) gibt zu bedenken, dass Mitarbeiter der Ordnungsämter, der Feuerwehr und der Polizei in Dienstkleidung die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei nutzen könnten, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Bald gelte diese Regelung auch für Justizvollzugsbedienstete. – Seit Abzug des Zugabfertigungspersonals von den Bahnsteigen habe die Kriminalität allerdings nicht zugenommen.

16. Wahlperiode

Sie warne nachdrücklich vor unbedachter Zivilcourage, wenn es zu kriminellen Handlungen komme. Erhöhte Aufmerksamkeit und das zügige Informieren der Polizei seien sinnvoller als das übereilte Eingreifen von Fahrgästen. In derartigen Situationen sei Personal auf den Bahnsteigen genauso auf professionelle Hilfe angewiesen wie Fahrgäste.

Jasenka Villbrandt (Grüne) bittet, das Sicherheitsgefühl, dass die Präsenz von Personal auf den Bahnhöfen vermittele, nicht zu unterschätzen. Eine Videoüberwachung könne dies nicht ersetzen.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) weist darauf hin, dass es auf den S-Bahnhöfen außerhalb des S-Bahnringes weder Personal noch Videoüberwachung gebe und auch die Fahrtrichtung der Züge nicht mehr angezeigt werde. All das führe – insbesondere bei Dunkelheit – zur Verunsicherung der Fahrgäste. Der Senat könne diese Situation verbessern, indem er die Verkehrsverträge, die er mit den Verkehrsunternehmen schließe, entsprechend formuliere und auf deren Einhaltung bestehe.

Rentenangleichung

Eberhard Rehling (Sozialer Arbeitskreis Treptow-Köpenick) möchte wissen, welche Fraktionen bzw. Abgeordneten bereit seien, sich dem Aufruf diverser Gewerkschaften und Vereinigungen anzuschließen, in dem eine gerechte Anpassung der Renten der neuen Bundesländer an die der alten Bundesländer gefordert werde.

Carola Bluhm (Linksfraktion) macht darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion im Bundestag 23 Anträge zu diesem Thema eingebracht habe, über die unlängst abgestimmt worden sei. Letztlich seien alle Anträge abgelehnt worden. Da es sich um eine bundespolitische Angelegenheit handle, müsse die Diskussion dort geführt werden.

Verkehrsbelastung in der Paul-Hertz-Siedlung

Ursel Ortmann (Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf) erkundigt sich, wie der Schwerlastverkehr am Durchfahren des Heckerdamms im Bereich der Paul-Hertz-Siedlung gehindert werden könne.

Christian Gaebler (SPD) weist darauf hin, dass der Bezirk dafür einen entsprechenden Antrag beim Senat stellen müsse. Für bestimmte Bereiche sei das bereits erfolgt. Die Frage, wie das Gewerbegebiet, das das Ziel der LKWs sei, erschlossen werde, sei jedoch noch nicht abschließend geklärt. Das Parlament habe auf solche Entscheidungen keinen Einfluss.

Nutzungsgebühren in Seniorenfreizeitstätten

Erika Wehle (Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg) bemängelt, dass die Bezirke höchst unterschiedliche Nutzungsgebühren für Veranstaltungen in Seniorenfreizeitstätten erheben. So verzichteten beispielsweise die Bezirke Kreuzberg-Friedrichshain, Lichtenberg und Spandau auf Gebühren, wenn der VdK Veranstaltungen durchführe, während Neukölln bereits seit längerem Gebühren verlange. Sie halte es für sinnvoll, gemeinnützigen Vereinen und ähnlichen Organisationen die Räume kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) führt aus, dass die Möglichkeit bestehe, auf eine Gebührenerhebung zu verzichten, wenn der Nutzer von Räumen dem Träger der Einrichtung nahe stehe bzw. in einem ähnlichen Bereich tätig sei. Sie werde im Rat der Bezirksbürgermeister anregen, sich in diesem Sinne auf eine einheitliche Regelung zu verständigen.

Wohnungskündigungsschutz für Ältere

Barbara Küntscher (Seniorenvertretung Mitte) interessiert, wie der Senat zu einem besonderen Kündigungsschutz für Mietverträge von über 70-Jährigen stehe?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) antwortet, dass der Kündigungsschutz an kein bestimmtes Alter gebunden sei. Menschen, die aufgrund einer Behinderung, Krankheit oder aus anderen Gründen an ihre Wohnung gebunden seien und denen ein Umzug nicht zugemutet werden könne, könnten Härtefallregelungen in Anspruch nehmen. Sie halte es für richtig, dass diese Möglichkeit nicht vom Alter, sondern von der Lebenssituation abhängig sei.

Wohnteilhabegesetz

Peter Stawenow (Sozialwerk Berlin e. V.) fragt nach dem aktuellen Erarbeitungsstand eines Berliner Wohnteilhabegesetzes. Wie werde das Ziel, mehr Transparenz bezüglich des Zustands der Pflegeheime zu schaffen, umgesetzt?

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) erklärt, dass das Heimgesetz von einem Wohnteilhabegesetz abgelöst werden solle. Mit der Bezeichnung solle verdeutlicht werden, dass es nicht nur um das Wohnen in Heimen gehe, sondern allgemein um das betreute Wohnen und die gesellschaftliche Teilhabe in einer bestimmten Lebensphase. Der Gesetzentwurf liege mittlerweile vor und befinde sich im Abstimmungsprozess. Ihre Verwaltung habe in dem neuen Gesetz betreute Wohngemeinschaften berücksichtigt. Zudem solle die Heimaufsicht künftig insbesondere beratende Aufgaben wahrnehmen, Hilfestellung leisten und das Geschehen in den Einrichtungen verfolgen.

Bereits seit zwei Jahren bemühe sie sich um mehr Transparenz der Pflegeeinrichtungen. Menschen, die auf Pflege angewiesen seien, und deren Angehörige müssten die Möglichkeit haben, sich ein detailliertes Bild über die Angebote und Ausstattung der einzelnen Einrichtungen zu machen. Um diesen Einblick zu erleichtern, sei ein sog. Pflegeportal eingerichtet worden, an dem sich die überwiegende Mehrheit der Pflegeeinrichtungen beteilige und über ihr Leistungsspektrum informiere. Zudem biete eine bundesgesetzliche Regelung neuerdings die Möglichkeit, noch genauere Qualitätsvergleiche zwischen den Heimen auf der Grundlage der Prüfberichte des medizinischen Dienstes der Krankenkassen anzustellen.

Wilfried Jacobi (Seniorenvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf) bemängelt, dass die Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretungen laut dem Entwurf des Wohnteilhabegesetzes nicht zu dem Personenkreis gehörten, der mit der Aufsicht der Pflegeeinrichtungen betraut werde.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) sagt eine Überprüfung dieses Umstands zu.

Fahrkosten von Ehrenamtlichen

Klaus-Dieter Trautmann (Seniorenvertretung Spandau) fordert, das komplizierte, zeitaufwändige Verfahren zur Fahrkostenerstattung für Ehrenamtliche zu vereinfachen. Er schlägt vor, Ehrenamtlichen die Kosten für ein Umweltkarte bzw. das VBB-Abo 65plus – je nach Lebensalter – zu erstatten.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) ist die Problematik vertraut und nachvollziehbar. Es sei jedoch nicht möglich, Fahrkosten zu erstatten, ohne die ehrenamtliche Tätigkeit zu prüfen. Eine grundsätzliche Übernahme der Fahrkosten aller ehrenamtlich Tätigen überschreite die finanziellen Möglichkeiten des Landes Berlin.

Ambulante Rehabilitation

Klaus Ehrenheim (Sozialwerk Berlin e. V.) macht darauf aufmerksam, dass Behinderten und damit auch Pflegebedürftigen auf Bundesebene das Recht zuerkannt worden sei, eine ambulante Rehabilitation in Anspruch zu nehmen. Wieweit sei dieses Recht in Berlin umgesetzt worden?

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz) räumt ein, dass derartige bundesgesetzliche Regelungen meist erst routinemäßig angewendet würden, wenn einige Betroffene ihr Recht durchsetzen, in diesem Fall gegenüber den Krankenkassen. Den vom Fragesteller erwähnten Anspruch werde sie in den Beratungen mit der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen ansprechen.

Ärzte in stationären Pflegeeinrichtungen

Klaus Ehrenheim (Sozialwerk Berlin e. V.) möchte wissen, ob beabsichtigt sei, die Zahl der Heime, die eigene Ärzte beschäftigten, über den bestehenden Modellversuch hinaus zu vergrößern. Seien die Abgeordnetenhausfraktionen bereit, sich in diesem Sinne einzusetzen?

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz) führt aus, dass das Modellprojekt sehr erfolgreich gewesen sei. Im gegenwärtigen Vollzug des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes tauchten jedoch diverse Probleme auf, beispielsweise bezüglich der erforderlichen Größe der Heime und der Finanzierung der Ärzte. Sie trete dennoch vehement dafür ein, diese gesetzliche Möglichkeit zu nutzen.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) ergänzt, dass mit dieser Form der ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen viele gute Erfahrungen gemacht worden seien. Sie engagiere sich stark für eine Ausweitung dieser Möglichkeit. Den Pflegebedürftigen würden Krankenhauseinweisungen und deren Folgen erspart und den Pflegekräften schwierige Entscheidungen, in denen sie aus Unsicherheit einen Krankenwagen riefen. Nicht zuletzt sei in dem Berliner Projekt nachgewiesen worden, dass mit der Beschäftigung von Ärzten enorme Kosteneinsparungen möglich seien.

Ulker Radziwill (SPD) schließt sich im Namen der Koalitionsfraktionen der Befürwortung des Projekts und seiner Ausdehnung an. Sie hoffe, dass die Krankenkassen davon überzeugt werden könnten, wenn ihnen nachgewiesen werde, dass damit Einsparungen möglich seien.

Betreuung Demenzkranker

Fritz Weber (Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg) fragt, wie viele Kräfte speziell für die Betreuung Demenzkranker ausgebildet und eingesetzt worden seien. Wie werde die Betreuung angesichts der steigenden Zahl Demenzkranker organisiert?

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) macht darauf aufmerksam, dass Berlin über ein umfangreiches Angebot an niedrighschwelligem Hilfen verfüge. Es gebe 124 Betreuungsangebote speziell für Demenzkranke, wovon 45 direkt vom Senat finanziert würden, die anderen über Träger.

Es sei gut, dass Demenzkranke nun auch in die Fördersätze einbezogen worden seien und eine bessere Ausstattung erhielten. Die Angehörigen würden dadurch in die Lage versetzt, Hilfestellungen in Anspruch zu nehmen.

Jasenka Villbrandt (Grüne) weist darauf hin, dass in letzter Zeit viele Wohngemeinschaften für Demenzkranke entstanden seien. Diese müssten mit speziell geschultem Personal ausgestattet sein. Es sei erfreulich, dass der Senat in seinem Entwurf für ein Wohnteilhabegesetz Regelungen zur Sicherung der Qualität dieser Betreuungsform vorgesehen habe. Sie hoffe, dass die Forderung einiger Einrichtungen und Verbände, die Wohngemeinschaften nicht in dem Gesetz zu berücksichtigen, keinen Erfolg habe.

Ulker Radziwill (SPD) regt an, in den Pflegestützpunkte künftig auch darüber zu beraten, wie die Betreuung von Demenzkranken durch ehrenamtliche Hilfe erleichtert werden könne. Im Optimalfall entwickelten sich die Pflegestützpunkte zu Treffpunkten für Nachbarn und Angehörige.

Schneeräumung auf Gehsteigen

Gerda Buschner (Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen) interessiert, wie die Schneebeseitigung auf Gehsteigen sichergestellt werden könne. Wer könne im Unterlassensfall zur Rechenschaft gezogen werden?

Minka Dott (Linksfraktion) antwortet, dass die Grundstückseigentümer gesetzlich verpflichtet seien, die Gehwege zu beräumen bzw. Firmen damit zu beauftragen. Falls dies nicht geschehe, könnten die zuständigen Ordnungsämter Ordnungsstrafen verhängen.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) ergänzt, dass die Bürgerinnen und Bürger in solchen Fällen Anzeige erstatten könnten. Die Ordnungsämter seien auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen, um tätig zu werden.

Falls es zu einem Unfall auf nicht geräumten Gehwegen komme, bestehe ein zivilrechtlicher Schadenersatzanspruch gegenüber dem Grundstückseigentümer bzw. der von ihm beauftragten Firma.

Kredite für Senioren

Gerda Buschner (Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen) kritisiert, dass Über-65-Jährige von manchen Banken keine Kredite mehr bekämen.

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) stellt klar, dass Banken eine Kreditvergabe aus Altersgründen nicht verweigern dürften, da dies gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstoße. Falls der Fragestellerin ein solcher Fall bekannt sei, bitte sie, ihn der Antidiskriminierungsstelle ihrer Verwaltung mitzuteilen.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (Linksfraktion) fügt hinzu, dass man sich auch an die Verbraucherzentrale wenden könne.

Geriatric

Dr. Rainer Neubart (Kompetenznetz für das Alter) hat die Erfahrung gemacht, dass die medizinische Versorgung älterer Menschen unter der mangelhaften geriatrischen Qualifikation der Ärzten in Kliniken und Praxen leide. Geriatrie sei nach wie vor kein Ausbildungsinhalt im Medizinstudium und auch nur ein Randbereich der Facharztausbildung. Was tue der Senat, um diese Situation zu ändern?

Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) teilt die Kritik ihres Vorredners. Auch sie halte es für skandalös, dass es in Berlin noch keinen Lehrstuhl für Geriatrie gebe, obwohl der Bedarf nach einer altersgerechten medizinischen Versorgung immer mehr zunehme.

Jasenka Villbrandt (Grüne) hält eine geriatrische Ausbildung insbesondere für Hausärzte für erforderlich.

Kliniken, die geriatrische Stationen eröffnen wollten, dürften nicht nur finanzielle Interessen verfolgen. Sie benötigten eine spezielle Ausstattung und qualifiziertes Personal, das den Kranken diene. Derzeit würden viele ältere Patienten auf Stationen für Innere Medizin untergebracht und könnten dort nicht adäquat versorgt werden.

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion) weist darauf hin, dass es bereits Gespräche mit der Charité und der Ärztekammer über die Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie gebe. Angesichts des demografischen Wandels sei ein derartiges Angebot dringend erforderlich. Dem stünden jedoch noch finanzielle Hindernisse im Weg. Grundsätzlich vertrete er die Ansicht, dass alte Menschen an den gleichen Krankheiten litten wie jüngere. Allerdings gebe es geriatrische Probleme, auf die die Ärzte mehr als bisher eingehen müssten. Neben der Ausbildung junger, geriatrisch geschulter Ärzte müssten sich die bereits tätigen Mediziner auf dem Gebiet der Geriatrie weiterbilden. Auch dafür müssten Angebote geschaffen werden.

Patientenverfügung

Edwin Scherner (Seniorenvertretung Mitte) möchte angesichts der bevorstehenden Entscheidung des Bundestags über den Umgang mit Patientenverfügungen wissen, welcher Wille aus Sicht des Senats letztlich entscheidend sei, der des Patienten oder der des Arztes.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) erklärt, dass im Bundestag drei verschiedene Gesetzentwürfe zu dieser Thematik vorlägen. Über welchen dann der Bundesrat entscheiden müsse, stehe noch nicht fest. Sie spreche sich persönlich dafür aus, in Patientenverfügungen

gen konkret festzulegen, welche Behandlungen man bei schwerwiegenden Erkrankungen wünsche bzw. ablehne. Aus ihrer Sicht könne dem Arzt die Entscheidung darüber, was im Einzelfall eine lebenserhaltende oder kurzfristig lebensverlängernde Maßnahmen sei, nicht abgenommen werden. Sie hoffe, dass der Bundestag sich für eine Regelung entscheide, die für die Ärzte verlässlich sei.

Fahrscheinkontrolle in Bussen

Regina Schmutzler (privat) hält es aus Sicherheitsgründen für angebracht, die Busfahrer von der Pflicht, die Fahrscheine zu kontrollieren, zu entbinden.

Benedikt Lux (Grüne) teilt die Ansicht, dass Busfahrer leichte Opfer seien und das Konfliktpotenzial durch die Fahrscheinkontrolle bei Fahrtantritt unnötig erhöht werde.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) bittet zu bedenken, dass sich die Verkehrsbetriebe aufgrund ihrer finanziellen Lage keine Schwarzfahrer leisten könnten. Wenn Fahrscheinkontrollen unterblieben und dadurch der Schwarzfahreranteil steige, zahle dies letztlich die Allgemeinheit über die staatlichen Zuschüsse.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) stimmt seiner Vorrednerin zu. Allerdings müssten die Kontrollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Gefährdung der Busfahrer führten.

Joachim Luchterhand (CDU) führt die Situation in den öffentlichen Verkehrsmitteln auf einen allgemeinen Werteverlust bzw. -wandel in der Gesellschaft zurück. Verstärkte Kontrollen seien nur eine Symptom-, aber keine Ursachenbekämpfung. Die Politik sei aufgefordert, derartige Probleme gesellschaftspolitisch anzugehen. Der Schutz von fremdem Eigentum und der Gesundheit anderer müsse wieder stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden. Dieser Aufgabe müssten sich alle Parteien stellen.

Bakterielle Infektionen im Krankenhaus

Totila Wolfgang Pauli (Seniorenvertretung Steglitz-Zehlendorf) konstatiert, dass bakterielle Infektionen infolge von Krankenhausaufenthalten stark zugenommen hätten. Davon seien ältere Patienten besonders betroffen. Warum könne nicht veröffentlicht werden, in welchen Krankenhäusern dies vermehrt vorkomme?

Rainer-Michael Lehmann (FDP) hat ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass sich Patienten im Krankenhaus bakterielle Infektionen zuzögen. Er halte mehr Transparenz im Krankenhausbereich für unabdingbar.

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion) widerspricht dem Eindruck, die Häufigkeit der Infektionen habe zugenommen. Allerdings seien die aktuellen Infektionen aufgrund der Resistenz vieler Keime schwerer zu behandeln, als die, die früher aufgetreten seien. Dieses Problem betreffe alle Krankenhäuser gleichermaßen.

Rechtsform von Landesseniorenbeirat und -vertretung

Herr Buchholz fragt, ob beabsichtigt sei, den Landesseniorenbeirat und die Landesseniorenvertretung in eigene Rechtspersönlichkeiten zu verwandeln, um ihnen die Möglichkeit zu geben, private Zuwendungen anzunehmen.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) bietet an, diese Frage prüfen zu lassen.

Wahl der Seniorenvertretungen

Herr Buchholz schlägt vor, die Wahl der Seniorenvertretungen mit den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung zusammenzulegen.

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz) geht davon aus, dass derartige Wahlen vom Landeswahlleiter bereits nach Möglichkeit mit anderen Wahlen kombiniert würden.

Jasenska Villbrandt (Grüne) unterstützt den Vorschlag, die Wahl der Seniorenvertretungen an bereits bestehenden Wahltagen durchzuführen. Man müsse jedoch einen Weg finden, Nicht-EU-Bürger, die an Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürften, zur Beteiligung an der Wahl der Seniorenvertretungen zu bewegen.

- * - * - * -

Präsident Walter Momper bedankt sich bei allen Anwesenden für die Kürze der Redebeiträge und die angeregte Diskussion und hofft auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahr.